

Publikumsdiskussion und Fazit

Sich im offenen Dialog schwierige Fragen zu stellen, das Geschehene anzuerkennen und kreative Lösungen zu suchen, kennzeichnete die abschließende Online-Diskussion mit dem Publikum. Warum funktioniere eine deutsche Entschuldigung in Polen, aber nicht in Griechenland? wurde nachgefragt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die „Abschottung des AAs“ in Berlin zum Thema Reparationen und Zwangsanleihe nur bedingt durch Vereine und NGOs durchbrochen werden kann. Über die Lücken in Schulbüchern zur deutsch-griechischen Geschichte, sogar in deutschen Schulen in Griechenland, wurde ebenso diskutiert, wie die verspätete „Erkenntnis“ vieler in Deutschland zur Rolle der Wehrmacht, welche Prof. *Hagen Fleischer* eindringlich folgendermaßen formulierte: „Griechenland. Was? Da waren wir auch?“.

Das Nicht-Wissen zu überwinden, bleibt eines der größten Probleme im deutsch-griechischen Verhältnis. Es ist ein zentrales Anliegen von historischer Verantwortung, dass wir uns erinnern, auch 80 Jahre später, statt „kaltes Schweigen“ zu praktizieren. Anders gesagt, dass Schuld und Schulden nicht in den Kellern der Geschichte verbleiben. Dazu wurde am Ende der digitalen Diskussion auf das neue Online-Zeitzeugenarchiv „Erinnerungen an die Okkupation in Griechenland“ verwiesen.⁵ Die Sammlung enthält lebensgeschichtliche Interviews, historische Dokumente und Begleitmaterialien. Das Zeitzeugenarchiv ist ein Projekt der Freien Universität Berlin in Kooperation mit der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen. Es sind Dokumente der Erinnerung und der Trauer vor dem Hintergrund eines kollektiven Traumas.

5 Siehe www.occupation-memories.org/de

Das Archiv enthält ebenso umfangreiches Lernmaterial für griechische und deutsche Schulen in einem Bildungsportal (<https://www.occupation-memories.org/de/bildung/index.html>). Ebenfalls gibt es einen didaktischen Film dazu, der online (<https://www.occupation-memories.org/aktuelles/mog-film.html>) verfügbar ist.

Symposium 2021 des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft **Ein Ziel von deutschem Rassismus: Menschen aus Südosteuropa und der Türkei**

Online-Podiumsdiskussion, 12. Februar 2021

Bericht von Dr. Jutta Lauth Bacas, Köln

Das Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der SOG wurde im Jahr 2021 Corona-bedingt als online-Podiumsdiskussion durchgeführt. Die Organisation und Leitung der digitalen Veranstaltung lag in den Händen von Dr. *Jutta Lauth Bacas* (Associate Researcher, Mediterranean Institute, University of Malta, stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der SOG) sowie Prof. Dr. *Christoph K. Neumann* (Ludwig-Maximilians-Universität München).

Einleitend verwies *Lauth Bacas* auf einen Satz der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Wir müssen über Rassismus reden“, forderte von der Leyen im September 2020 in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union. In diesem Appell steckt auch eine Annahme, wer über Rassismus sprechen sollte: nämlich wir alle! Tatsächlich hatte die Ermordung von neun jungen Menschen in Hanau¹ im Februar 2020 den eigentlichen Anstoß gegeben, dass der Wissen-

1 In der Nacht vom 19. Februar 2020 starben Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu.

schaftliche Beirat der SOG das Symposium 2021 dem Thema Rassismus widmete. Und da nach den Worten von Frau von der Leyen zum bewussten Umgang mit dem Problem des Rassismus auch gehört, sich selbst zu hinterfragen, wurde in den anschließenden vier Vorträgen angesprochen, was Rassismus mit uns zu tun hat und ob in unserem alltäglichen Sprachgebrauch rassistische Denkmuster vorkommen oder tradiert werden.

Eine zweite Vorbemerkung von Prof. *Christoph Neumann* betraf den Titel des Symposiums: Ein Ziel von deutschem Rassismus: Menschen aus Südosteuropa und der Türkei. Ganz offensichtlich wollten die Organisator*innen mit Blick auf den Rassismus in Deutschland nicht von „Opfern“ rassistischer Diskriminierung sprechen, weil darin eine gewisse Hierarchisierung impliziert ist, die sie bewusst ablehnen. Nach einigem Nachdenken wurde im Titel des Symposiums der Begriff des „deutschen Rassismus“ eingeführt – und somit der Ausdruck „Rassismus in Deutschland“ verworfen. Damit wurde ein Schwerpunkt auf solche Formen von Rassismus gelegt, die aus der Mehrheitsbevölkerung kommen und sich gegen Menschen aus Südosteuropa und der Türkei richten. Diese zu kennzeichnen und näher zu beleuchten, war die Absicht der weiter unten zusammengefassten vier Vorträge von Referentinnen, die zum Teil selbst eine internationale Familiengeschichte haben. Die Beiträge des Symposiums beschäftigten sich dabei weniger mit den Erfahrungen der empfangenden Seite als mit den historischen Hintergründen, Ausprägungen und sozialen Zusammenhängen des hier untersuchten Phänomens.

Rassismus gegen Menschen mit türkischen Familienbezügen

In ihrem Vortrag „Rassismus gegen Menschen mit türkischen Familienbezügen in Deutschland“ untersuchte Dr. *Lale Akgün* (Psychologin, zwischen 2002–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)) die Verknüpfung von Migrationsgeschichte und der Herausbildung von

rassistischen Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung. Wenn wir den Rassismus gegen Menschen mit türkischen Familienbezügen verstehen wollen, so *Lale Akgün*, sollten wir zurückblicken auf das deutsch-türkische Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Jahr 1961. Denn dieses Abkommen kann als grundlegend nicht nur für die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland gesehen werden, sondern auch grundlegend für die Entstehung von asymmetrischen Beziehungen zwischen Deutschen und Türk*innen in unserem Land. Es wurden besonders Arbeitnehmer*innen für un- und angelernte Tätigkeiten gebraucht und gezielt angeworben: Dadurch kamen vor allem bildungsferne Menschen nach Deutschland, die mit steigender Zahl als „Problemgruppe“ oder als „nicht integrationsfähig“ etikettiert wurden.

Die politische Führung in Deutschland hatte bis in die 1980er Jahre, so *Akgün*, wenig Motivation, Türkinnen und Türken als kulturell integrierte Mitbürger zu sehen. Im Gegenteil: „Die Türken“ wurden zur Blaufolie für „unangepasste“ Ausländer, obwohl deren Integrationsindikatoren (in Bezug auf Bildungsstand, Erwerbsarbeit und Wohnsituation) nicht schwächer waren als bei anderen Ausländergruppen, die als integriert wahrgenommen wurden.² Nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Fremden sei demnach entscheidend, sondern deren relative Machtposition in der Gesellschaft, betonte *Akgün*. Die Türken waren zuerst Gäste („Gast-Arbeiter“ für schwere Arbeiten), dann eine Gruppe von Fremden, die dauerhaft als außerhalb des Mainstreams wahrgenommen werden.

Dabei ist ihre Sichtbarkeit in Deutschland mittlerweile groß. *Akgün* unterstrich, dass die rund drei Millionen Türkei-stämmigen Personen die größte Gruppe mit Migrationsgeschichte in der Bundesrepublik darstellen.³ Ergänzend lässt sich feststellen: Im Jahr 2019 hatten etwa 1,4 Millionen dieser Türkei-stämmigen Zuwanderer und Zuwanderinnen einen deutschen Pass, weitere 252.000 Personen waren Doppelstaat-

2 Die Integrationsindikatoren sind Bestandteil der Integrationsberichterstattung der Bundesregierung. Die Indikatoren beleuchten die Struktur der ausländischen Bevölkerung z. B. in Hinblick auf Bildungsstand, Erwerbschancen und Wohnsituation.

3 *Auswärtiges Amt*, Deutschland und die Türkei: Bilaterale Beziehungen, Länderinformationen, 24.02.2021.

ler*innen mit deutschem und türkischem Pass.⁴ Damit sind mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationsgeschichte und Familienbezügen zur Türkei hier „angekommen“ und deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geworden. Doch trotz sechzig Jahren Integrationsgeschichte würden Türiinnen und Türiken in Deutschland immer noch als „anders“ wahrgenommen; Kontakte beschränkten sich oft auf geschäftliche Bezüge oder institutionelle Belange.

Junge Menschen mit türkischer Familiengeschichte, die hier geboren und groß geworden sind, sehen und kritisieren ihre erlebte Ausgrenzung, etwa auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, als Ausdruck eines Alltagsrassismus in Deutschland. Die Anschläge in Solingen, Mölln und Hanau zeigten in aller Deutlichkeit, so hob *Akgün* hervor, dass Türkei-stämmige Menschen in Deutschland immer wieder Ziel von gewalttätigem Rassismus werden. Was dagegen öffentlich noch wenig wahrgenommen werde: Die Diversität der Türkei-stämmigen Menschen in Deutschland sei mittlerweile beachtlich – dies sowohl in Bezug auf ihre beruflichen Positionen⁵ als auch hinsichtlich ihrer Positionierung in der deutschen Parteienlandschaft (von CDU/CSU über SPD und Bündnis 90/Die Grünen bis zur Linkspartei) sowie im individuellen Verständnis vom und Bezug zum Islam.⁶ Auch Deutschland habe sich seit den 1960er Jahren verändert: Aus einer vermeintlich homogenen Gesellschaft sei eine heterogene Einwanderungsgesellschaft geworden, die diese Tatsache auch akzeptiere. Die Zukunft, so *Akgün*, sei in einer demokratischen Gesellschaft zu suchen, deren Mitglieder sich auf Augenhöhe begegnen.

Was ist Rassismus und was hat das mit mir zu tun?

Die zweite Referentin, Professorin Dr. *Juliana Roth* (Ludwig-Maximilians-Universität München), schnitt in ihrem Beitrag zentrale Grundfragen an: Was ist Rassismus und was hat das mit mir zu tun? Einleitend stellte Roth voran,

dass Rassismus in Deutschland mittlerweile zu einem Alltagsbegriff mutiert ist, der dabei allerdings in Gefahr gerät, banal und oberflächlich zu werden. Vor allem bestehe beim ausgeweiteten Alltagsgebrauch von „Rassismus“ die Gefahr einer Verharmlosung und undifferenzierten Rhetorik, sodass das eigentliche Problem des Rassismus kaum ernsthaft und unaufgeregt genug betrachtet werden könne.

Zur Definition des Begriffs führte *Roth* aus, dass es keine einheitliche Definition von Rassismus gäbe. Alle Definitionen aus verschiedenen Denk- und Schulen hätten jedoch eines gemeinsam: die Nennung von Überlegenheit und von Diskriminierung als wesentliche Merkmale von Rassismus. In neueren Theorieansätzen werde der Begriff nicht mehr allein auf Menschen mit „anderer“ Hautfarbe oder Aussehen bezogen, sondern im Sinne einer erweiterten Definition auf sozial „andersartig“ eingeschätzte und negativ bewertete soziale Gruppen angewendet. Von daher stellte Roth ihre eher breit gefasste Arbeitsdefinition vor: Rassismus, so Roth, sei die Ausschließung und Diskriminierung von Personen aufgrund von Merkmalen, für die sie nichts könnten.

Sozialpsychologische Untersuchungen, auf die *Roth* im Weiteren zu sprechen kam, zeigten, dass Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung hierarchisiert würden. In der Liste der Beliebtheit seitens der Mehrheitsbevölkerung, so die Ergebnisse von Befragungen, stünden weiße, englischsprachige US-Amerikaner und Briten an oberster Stelle; Migrantengruppen aus der Türkei, aus dem Vorderen Orient, Afrika und asiatischen Ländern dagegen landeten auf den untersten Positionen der Beliebtheitsskala. Andere Studien belegten, so Roth, dass Rassismus in Form von unterschwelligem, subtilen Vorurteilen oder Diskriminierungen bei der Wohnungssuche oder Arbeitssuche für diese Personengruppen zum Alltag gehört.

Alltagsrassismus impliziere auch Diskriminierungserfahrungen. Dazu gehöre ein herabwür-

4 Vgl. *Mediendienst Integration*, Zahlen und Fakten Bevölkerung Deutschland 2020, <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>

5 Z. B. die Medizinerin und BioNTech-Gründerin Prof. Uğur Şahin und Prof. Özlem Türeci, Universität Mainz.

6 Vgl. *Lale Akgün*, Platz da! Hier kommen die aufgeklärten Muslime – Schluss mit der Vorherrschaft des konservativen Islams in Deutschland, Alibri Verlag: Aschaffenburg 2018.

digender Sprachgebrauch (als Beispiel nannte Roth das Duzen von unbekanntem Leuten), „Tanzsprache“ in den Behörden („du hören, ich gehen“) sowie die Verharmlosung von Ausgrenzungen („das ist gewiss ein Einzelfall“). Als andere Typen von Rassismus nannte Roth neben dem Alltagsrassismus thesenartig den strukturellen Rassismus (in den Institutionen der Gesellschaft), den post-kolonialen Rassismus, ethnischen Rassismus, sowie kulturellen Rassismus (aufgrund der Zugehörigkeit zu einer anderen Kultur oder Religion).

Weißer Empfindlichkeit ist nach Meinung von Roth ein Aspekt, der ebenfalls zum Themenfeld des Rassismus gehört: Erfahrungen aus interkulturellen „diversity trainings“ zeigten, dass Angehörige der weißen Mehrheitsgesellschaft sich oft schwertun, ihr eigenes Verhalten gegenüber den als „fremd“ oder „anders“ wahrgenommenen Personen kritisch zu betrachten. Dies motivierte Professorin Roth zu einer Selbsterkundung, um eigene Haltungen zu reflektieren, unter der Devise „der Rassist in mir“.⁷ Als eine Person, die in Bulgarien geboren und aufgewachsen ist, war sie in Deutschland durchaus mit Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Formen konfrontiert. Auch die tagein, tagaus wiederholte Frage „Woher kommen Sie?“ kann für Langzeitmigranten eine Belastung werden. Andererseits lässt ein kritischer Blick auf das eigene Selbst für sie deutlich werden, dass sie als „weiße“ Bulgarin verbreitete Meinungen der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber bulgarischen Türken als „mindergebildet“ und Roma als „diebisch“ kennengelernt und erlernt hat. Solche Stereotypen, so Roth, ließen sich durchaus in geschützten Lernumgebungen aufklären und reflektieren.

Antiziganismus als spezielle Form von Rassismus

Als dritte Referentin sprach Daniela Gress (M.A.), Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Antiziganismus am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Ihr Beitrag auf dem Symposium trug den Titel: Antiziganismus: Ansätze zur Erforschung von Vorurteilen,

Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti und Roma in Deutschland. Einleitend wies Gress darauf hin, dass seit Beginn der 1970er Jahre Bürgerrechtsorganisationen sich dafür einsetzen, in der Öffentlichkeit die Begriffe Sinti und Roma zu verwenden, mit denen Romanes-Sprechende sich selbst bezeichnen. In jüngster Zeit habe laut Gress der Begriff Antiziganismus in wissenschaftliche und vermehrt auch politische Diskurse Eingang gefunden.

Antiziganismus ist nach Gress eine spezielle Form des Rassismus, der sich aus Vorurteilen und Stereotypen speist, welche zu Stigmatisierung, Marginalisierung, Hassrede, Ausgrenzung bis hin zu Gewalt und rassistischer Verfolgung führten. Am stärksten von Praktiken antiziganistischer Ausgrenzung betroffen seien, so Gress, neben den Jenischen die Gruppe der Sinti und Roma in Deutschland. Als Angehörige einer ethnischen Minderheit wurden sie seit der frühen Neuzeit immer wieder mit einer Reihe antiziganistischer Vorurteile und Stereotypen konfrontiert: einer romantischen Nähe zur Natur, einer „freiheitsliebenden“ und „nomadischen“ Lebensweise, außerdem einer unterstellten Neigung zu Kriminalität und Asozialität. Wie Gress argumentierte, stehen diese Zuschreibungen und Stereotypen im Gegensatz zu bürgerlichen Normen. Als negativ konnotierte Projektionen haben sie nach Gress die Funktion, wie Spiegelbilder zu fungieren und eigene, mehrheitsgesellschaftliche Identitätswürfe, soziale Privilegien und Machtstrukturen zu stabilisieren.

Die Antiziganismus-Forschung untersucht Projektionen und Stereotypen, die sich bis heute, so Gress, in der deutschen Literatur und Oper („Carmen“), ebenso in Kinderbüchern, Comics, in Romanen und Filmen wiederfinden. Je nach Zeitalter formten sich dabei unterschiedliche antiziganistische Diskurse, die jedoch bis heute wirkmächtig seien. So werden Roma und Sinti vielfach immer noch als Träger einer außereuropäischen Kultur gesehen, obwohl sie seit über sechshundert Jahren in Europa leben. Antiziganistische Vorurteile bestimmten selbst nach 1945 staatliches und gesellschaftliches Handeln:

7 Angeregt wurde Juliana Roth nach ihren Worten von Friedemann Karigs Artikel: *Ders., Der Rassist in mir – Eine Selbsterkundung*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 01.08.2020, <https://www.sueddeutsche.de/leben/rassismus-deutschland-privilegien-1.4985973?reduced=true>

Die Verfolgungsgeschichte und Gewaltpolitik gegen Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus wurde erst in den 1980er Jahren durch Menschenrechtsaktivist*innen breit thematisiert und 1982 explizit als Völkermord aus rassistischen Gründen anerkannt. Dieser Anerkennungsprozess kann nach Gress als Demokratisierungsprozess gesehen werden. Allerdings komme das Hinterfragen antiziganistischer Vorurteile und ein Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung gegenüber migrantischen Roma (die aus EU-Staaten wie Bulgarien und Rumänien zur Arbeitsaufnahme hier eingereist sind) sowie gegenüber geflüchteten Roma (aus Ländern außerhalb der EU) in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch wenig zur Geltung.

Rassismus im alltäglichen Sprachgebrauch

Den Zusammenhang von Sprachgebrauch und Rassismus analysierte Dr. *Katja Lambert*, Historikerin und Seminarleiterin am NS-Dokumentationszentrum Köln, in ihrem Vortrag über „Rassismus im alltäglichen Sprachgebrauch – die Tradierung von Vorurteilen und Ausgrenzung?“. „Worte können sein wie winzige Arsendosen, sie werden unbemerkt verschluckt, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung da“, urteilte der Philologe Viktor Klemperer über die Sprache in der Zeit des Nationalsozialismus.⁸ Zurücksetzungen und Rassismen im Sprachgebrauch gab es in vielen Ländern, betonte Lambert, doch in Deutschland sei die Geschichte des Nationalsozialismus und des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs besonders kritisch zu bedenken. Bis heute fänden sich versteckte Bezüge zu nationalsozialistischer Rhetorik im öffentlichen Sprachgebrauch und in den Medien: Ein Wetterkanal etwa titulierte vor kurzem einen Kälteeinbruch als „sibirische Frostbombe“, die „eine volle Breitseite sibirischer Kaltluft“ als Bedrohung aus dem Osten erwarten ließe.⁹

Lambert forderte Wachsamkeit und Sensibilität für solche Konstruktionen und implizite Kontinuitäten nach 1945; dabei verwies sie in einem weiteren Argumentationsschritt auf den Rassebegriff in unserem Grundgesetz. Heute seien sich weite Teile der Wissenschaft einig, dass es keine sogenannten menschlichen Rassen gibt

und der Begriff nur im Bereich der Tierwelt einzusetzen sei. Die Diskriminierung und Entmenschlichung, die eine solche Begrifflichkeit auf Menschen bezogen beinhalte, solle überwunden werden. Deswegen, so wurde in der anschließenden Diskussion ergänzt, stellten Politiker*innen verschiedener Parteien sich mittlerweile hinter die Forderung, den Begriff der „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen oder durch die Formulierung „Benachteiligung aus rassistischen Gründen“ zu ersetzen.

Im Rahmen ihrer Ausführungen nannte *Lambert* einen weiteren belasteten Terminus: Bei der Ermordung von Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen wurde im Nationalsozialismus von „Euthanasie“ gesprochen, was – basierend auf dem Altgriechischen – guter oder schöner Tod bedeutet. Dieser Begriff, wenn wir ihn heute benutzen, verharmlost laut Lambert aufs Größte die Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen, die aufgrund der Rassenideologie und der sogenannten „Rassenhygiene“ des Nationalsozialismus getötet wurden. Die Ärzt*innen und Pfleger*innen, die diese Krankenmorde im Nationalsozialismus aktiv betrieben hätten, seien vielleicht von einem „Gnadentod“ ausgegangen. In der Forschung und unserem heutigen Alltag dagegen sei ein Verständnis dafür entstanden, dass unmissverständlich von Krankenmorden die Rede sein sollte.

Ein weiteres Umdenken bedarf es nach *Lamberts* Meinung auch bei dem Begriff „Holocaust“. Dieser Begriff stammte aus einer amerikanischen Fernsehserie über die (fiktive) jüdische Familie Weiß im Nationalsozialismus; nach der Ausstrahlung dieser Serie wurde der Begriff „Holocaust“ auch in Deutschland für die systematische Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Nazizeit gebräuchlich. *Lambert* sieht diesen Terminus eher kritisch, denn der Begriff Holocaust bedeutet eigentlich „Brandopfer“ – die komplette Verbrennung des Opfertiers in einer rituellen Praxis. Diesen Begriff in Deutschland für die rassistische Massentötung zu verwenden bedeutet in *Lamberts* Sicht einen Zynismus.

8 Viktor Klemperer, LTI – Lingua Tertii Imperii – Notizbuch eines Philologen, Reclam: Leipzig 1947, 1966.

9 „Eiskaltes Winterwetter: Sibirische Frostbombe unterwegs“, siehe: wetter.de vom 02.02.2021.

Zuletzt fragte *Lambert*: Wie steht es in Deutschland um die Begrifflichkeit „Jude“? Im Nationalsozialismus war es ein abgrenzender Begriff, welcher der Stigmatisierung der Opfer diene. Von daher bedarf es nach Lamberts Auffassung auch bei diesem Begriff einer kritischen Reflexion. In der pädagogischen Arbeit am NS-Dokumentationszentrum Köln sprechen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Menschen, die „als Juden verfolgt“, „als Juden ausgegrenzt“, „als Juden getötet“ wurden. Ihre Sprache möchte damit ein Zeugnis ablegen für gegenseitigen Respekt und Anerkennung der Diversität. Lambert schloss mit einem klaren Statement: Lassen wir dem Rassismus in unserem Alltag keine Chance – dazu könne auch ein sensibler Sprachgebrauch beitragen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Beiträge des SOG-Symposiums 2021 das Problem des Rassismus gegen Menschen aus Südosteuropa und der Türkei in Deutschland aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet haben. Sie haben deutlich werden lassen, dass Rassismus und rassistische Stereotypen in Deutschland als „kulturelle Gewohnheit“ verbreitet und ein Alltagsphänomen sind. Dabei haben die Vorträge auch Perspektiven aufgezeigt, wie durch kritische Selbstbetrachtung und reflektierten Sprachgebrauch ein Weg zur Überwindung von Stereotypen und Vorurteilen geöffnet werden kann. Bis dahin, so die Referentinnen in ihren abschließenden Statements, gibt es noch viel zu diskutieren.

Online-Buchpräsentation und Diskussion

Der neue Nationalismus: Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie

Ein Blick auf Ostmittel- und Südosteuropa

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Europa-Union München und der Europäischen Akademie Bayern
Donnerstag, 25. März 2021

Bericht: Stephani Strelake, Bonn

Alle Online-Veranstaltungen der SOG sind auf YouTube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso> (Anm. d. Red.).

Einführung

Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, begrüßte die Teilnehmenden auch im Namen der Mitveranstaltenden: Der Europa-Union München, vertreten durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden *Walter Brinkmann* sowie der Europäischen Akademie Bayern, vertreten durch ihre Direktorin *Birgit Schmitz-Lenders*. Hansjörg Brey verwies darauf, dass es über 200 angemeldete Teilnehmer*innen gab, was auf die Aktualität des Themas schließen lasse. Sodann stellte er den Gast der Veranstaltung, den Autor und Publizisten Michael Thumann, vor.

Michael Thumann, geboren 1962, wisse aus eigener Anschauung, wovon er in seinem aktuellen Buch¹ spricht: Er war ZEIT-Reporter in den frühen 1990er Jahren im zerfallenden Ex-Jugoslawien, ab 1996 als Korrespondent in Russland und ab 2007 in der Türkei. Seit 2013 ist er Außenpolitischer Korrespondent der Wochenzeitschrift ZEIT und sitzt in Berlin. Michael Thumann forscht seit Jahren über den Nationalismus – eine seinem aktuellen Buch vergleichbar breite und materialreiche Studie liege bisher nicht vor, sagte *Brey*. Thumanns Analysen seien als War-

1 *Michael Thumann*, *Der neue Nationalismus – Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie*, Die Andere Bibliothek, Berlin 2020.